Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr Stettin, Kirch. latz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 25. November 1880. Nr. 554.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat Dezember für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 24. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¹/₄ Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lucius, Bitter und mehrere Regierungs-Kommissare.

Tagesordnung:

I. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Erweiterung des Unternehmens der westholsteinischen Eisenbahn-Gesellschaft durch den käuflichen Erwerb der Eisenbahn Wesselburen-Heide.

Die Justizkommission beantragt unveränderte Annahme der Vorlage.

Das Haus beschließt demgemäß.

II. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Wiederzulassung der Vermittelung der Rentenbanken zur Ablösung der Reallasten.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt

III. Zweite Berathung des Haushaltsetats pro 1881—82.

9. Etat der Domänen-Verwaltung. Einnahme 29,333,840 Mark; dauernde Ausgaben 6,609,170 M.

Bei Tit. 1 der Einnahmen beleuchtet Abg. Frhr. v. Minnigerode das Resultat der Nachweisung über die anderweite Verpachtung der im Jahre 1880 pachtlos gewordenen Domänenvorwerke. Allerdings erscheine nominell eine Mehreinnahme aus den fraglichen 35 Domänen von 45,000 M. Bei den allermeisten von ihnen wäre aber ein bedeutender Rückgang eingetreten, eine merkliche Besserung nur in den mit großer Industrie verbundenen Gegenden wahrnehmbar. So falle die ganze Mehreinnahme von 39,000 Mark fast allein auf zwei Domänenvorwerke des Kreises Oschersleben. Redner widerspricht im Uebrigen den kürzlich vom Minister gemachten Ausführungen über die günstige Lage der Landwirthschaft. In Ostpreußen sei eine solche Besserung bisher nicht wahrnehmbar gewesen, wenn auch die Getreidezölle im Allgemeinen wohlthuend auf die Landwirthschaft eingewirkt hätten.

Landwirthschaftsminister Dr. Lucius erwidert, daß er neulich keineswegs von einem derzeitigen Uebermaße der Prosperität in der Landwirthschaft gesprochen, vielmehr nur betont habe, daß augenblicklich keine Verschlechterung, eher eine Wandlung zum Bessern eingetreten sei. Er habe ausgeführt, daß die Einnahmen aus den Verpachtungen sich fortlaufend bessern. Sobald die auf 50 und mehr Jahre verpachteten Domänen zur Neuverpachtung kommen, würden sich die Einnahmen noch bedeutend steigern. Für die Landwirthschaft werde geschehen, was nur irgend möglich sei.

Abg. v. Ludwig: Sowie von der Landwirthschaft die Rede ist, leert sich das Haus (Abg. Richter: Auf Ihrer Seite!) wenn aber von der Industrie die Rede ist, dann springt Herr Richter noch im letzten Moment auf (Heiterkeit). Redner beklagt sodann die Geldentwerthung und verlangt einen größeren Schutz für die Landwirthschaft.

Abg. Dirichlet hebt hervor, daß die Art, wie hier im Hause die Interessenvertretung getrieben wird, nicht dazu beitragen könne, die Theilnahme für die Etatsberathung wesentlich zu erhöhen. Man könne sich nicht als Volksvertreter und zugleich als Interessenvertreter betrachten. Die Zoll- und Wirthschaftspolitik gehöre nicht hierher. Auf die nationalökonomischen Ausführungen des Vorredners wolle er nicht eingehen.

Abg. Grumbrecht zieht eine Parallele zwischen den jetzigen Verhältnissen und denjenigen vor 50 Jahren, um nachzuweisen, daß von einem Rückgange der Landwirthschaft nicht die Rede sein könne. Die Lebensweise sei eine wesentlich bessere geworden, die Pachtpreise seien gestiegen, überall auf dem Lande entwickele sich ein gewisser Luxus, selbst die Arbeiterverhältnisse seien gegen früher erheblich bessere geworden. Man möge doch die allgemeinen Interessen und nicht immer die Interessen des Einzelnen im Auge haben.

Abg. Frhr. v. Minnigerode weist den Versuch zurück, die sachlichen Ausführungen der einzelnen Redner beschränken zu wollen. Die politischen Schlagworte verfangen nicht mehr: die Zeiten des großen Kapitals sind vorbei. Früher allerdings wurde die Landwirthschaft mit Stillschweigen übergangen, heute ist es anders geworden.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Mir ist nicht recht verständlich, wenn Abg. Dirichlet gesagt hat, wir wären eine Volksvertretung, keine Interessenvertretung. Ich möchte wissen, wie sich Herr Dirichlet die Vertretung des Volkes denkt, ohne die Vertretung der Interessen desselben. Beim Freihandel vertreten Sie ja auch gewisse Interessen. Die Klagen sind ja eben daraus entstanden, daß man hier die Interessen so einseitig vertreten hat und namentlich den Grundbesitz ganz vergessen hat. Redner behauptet gegenüber den Ausführungen des Abg. Grumbrecht, daß die Landwirthschaft in Wirklichkeit zurückgegangen sei; jeder Fortschritt sei nicht zugleich eine Besserung und was den Luxus anlange, so wäre zu wünschen, daß der Landmann bei seinen früheren einfachen Verhältnissen verblieben wäre, der Luxus habe nur zur Verschuldung des Grundbesitzes geführt.

Abg. Richter: Es sei von der linken Seite des Hauses nie behauptet worden, daß sich die sämmtlichen Klassen der Bevölkerung in der glücklichsten Lage befinden. Wir wünschen Jedem eine fortgesetzte Besserung seiner Verhältnisse, aber wir freuen uns über die jetzt immer weiter greifende Unzufriedenheit, denn die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen führt zum Fortschritt. Wir müssen aber dagegen protestiren, daß man es versucht, die Unzufriedenheit gegen den Staat zu kehren, daß man die Einbildung zu erwecken sucht, als ob Sie im Stande wären, durch Ihre Wirthschafts-, durch Ihre Eisenbahnpolitik die Landwirthschaft in eine bessere Lage zu bringen. Die Freizügigkeit besteht in Preußen seit 1842 und ihr ist es zu verdanken, daß die Herren Landwirthe nicht die Arbeiter mit eiserner Gewalt am Orte halten und mit Hungerlöhnen abspeisen können. (Unruhe rechts.) Die Freizügigkeit hat aber dazu geführt, die kleinen Leute ebenbürtig zu machen. Was die Landwirthschaft anlangt, so ist kein Stand in diesem Hause besser vertreten wie dieser. Wie kommt es denn, daß Sie erst jetzt, nachdem Fürst Bismarck die Behauptung aufgestellt hat, die Interessen der Landwirthschaft wären seither vernachlässigt worden, Verständniß dafür besitzen. Der Redner bestreitet, daß der Abg. v. Minnigerode die Interessen Ost- und Westpreußens vertrete, denn die Provinziallandtage dieser Provinzen hätten sich entschieden gegen die neue Richtung der Zoll- und Wirthschaftspolitik erklärt und sie als einen Nachtheil für die Landwirthschaft bezeichnet. Die Zahl der Anhänger dieser Wirthschaftspolitik werde im Lande immer kleiner. Glauben Sie, die Stimme im Lande mit Ihren Behauptungen übertönen zu können? Das Ende dieser Wirthschaftspolitik, die Deutschland zu Grunde gerichtet hat, ist näher denn je! (Beifall links.)

Abg. Dirichlet bestreitet, daß die Fortschrittspartei die Interessen des Freihandels als solchen vertrete. Seine Partei stehe einfach auf dem Standpunkt, daß eine absolute, gerechte Abwägung der einzelnen Interessen über das Maaß menschlicher Kräfte hinausgehe. Glaubt Herr von Schorlemer der bessere Mann zu sein, glaubt er zu wissen, welcher der drei Ringe im Nathan den Weisen der bevorzugte ist, wir haben nichts dagegen, wir aber glauben ihm nicht.

Die Abgg. v. Ludwig und v. Schorlemer-Alst wenden sich nochmals gegen die Ausführungen der Vorredner; ebenso Landwirthschaftsminister Dr. Lucius, der sich dagegen verwahrt, als ob die von ihm mitgetheilte Erntestatistik von anderen Prinzipien ausgehe, als dies bei früheren der Fall gewesen. Bei dieser Erntestatistik handele es sich wesentlich um Schätzungs-Berechnungen. Dieselben stützten sich auf die Angaben aus den einzelnen Kreisen der ganzen Monarchie. Er gebe gern zu, daß die Angaben über die Roggenernte überschätzt sein mögen, aber er habe nichts weiter thun können, als die Angaben, die ihm zugegangen, zu reproduziren.

Die Diskussion wird geschlossen und Titel 1 bewilligt.

Zu Tit. 4, welcher als „Ertrag von anderen Domänen-Grundstücken, Mühlen und Fischereien 4,905,076 M. in Aussicht nimmt, bemerkt

Abg. Richter: Das eherne ökonomische Lohngesetz besagt, daß unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage die Löhne sich immer um das Niveau dessen herumbewegten, was in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung des Lebens erforderlich ist. Dieses Angebot und die Nachfrage wird jetzt durch das Freizügigkeitsgesetz geregelt. Thatsache ist, daß der Reichskanzler in seinem Zollprogramm sagte, er denke nicht daran, das Brod des armen Mannes zu vertheuern; wenn er aber das nicht will, so müßte er jetzt den Roggenzoll, den Petroleumzoll u. s. w., die alle direkt oder indirekt den kleinen Mann treffen, wieder aufheben. Die allzugroße Anhäufung des Grundbesitzes in wenigen Händen drückt die jüngeren Geschwister des Besitzers in das Proletariat herunter, während bei einer größeren Theilung der Güter auch die Geschwister als wohlsituirter Bauernstand ganz gut ihr Auskommen haben würden. Wir wollen keine sozialaristokratische Revolution, so wenig wie eine sozialdemokratische. Wenn ich aber einmal die Wahl habe, so sage ich, eine sozialdemokratische ist mir doch noch lieber, weil sie, so unberechtigt sie ist, doch nicht nur wenigen, sondern einer großen Masse Vortheil bringen will.

Nach einer kurzen Replik des Abg. v. Schorlemer werden sowohl diese Position, wie die weiteren Titel der Einnahme angenommen.

Ohne Debatte gelangen auch die sämmtlichen Titel der Ausgaben zur Annahme. Hiermit ist der Domänenetat erledigt.

Es folgt der Etat der Forstverwaltung.

Die Einnahmen werden ohne Debatte angenommen.

Bei Kap. 4 (Allgemeine Ausgaben) Tit. 4 (zum Ankauf von Grundstücken zu den Forsten 1,500,000 Mark) beantragt Abg. v. Meyer-Arnswalde, diese Position im nächsten Etat den steigenden Staatseinnahmen entsprechend derartig zu erhöhen, daß dem anerkannt dringenden Bedürfnisse der Vergrößerung der Staatsforsten in wirklich ausreichendem Maße entsprochen werden kann.

Zur Begründung des Antrags führt

Abg. v. Meyer-Arnswalde verschiedene thatsächliche Momente an, welche den Verfall der Forstländereien herbeigeführt habe. Die Fideikommißwirthschaft, die Richter bekämpft, habe wenigstens in diesem Punkte an ihrem Theile Einhalt gethan. Die Wasserkalamitäten und die Ueberschwemmungen halte man nicht mit Unrecht für Folgen der Entwaldungen; die Mitglieder aus Oberschlesien würden ihm bestätigen, daß Ueberschwemmungen und Entwaldungen dort immer in verhängnißvollem Zusammenhang stehen.

Landwirthschaftsminister Dr. Lucius: Der Antrag kann der Staatsregierung nur angenehm sein (Beifall rechts!); er kann natürlich nur in einem Maße ausgeführt werden, als Mittel dazu vorhanden sind. Es steht fest, daß viele Waldungen noch angelegt werden können an Gebirgsabhängen und anderen Stellen, und daß Waldanlagen in dieser Hinsicht sehr nützlich sind; aber man ist unter den Gelehrten und Forstmännern noch nicht darüber einig, welche Waldmenge für die richtige Erhaltung eines Landes, sowie für das Holzbedürfniß desselben erforderlich ist. In Ostpreußen und Pommern existiren umfangreiche Waldungen, zu deren Nutzbarmachung als Brenn- oder Nutzholz es an Kommunikationsmitteln fehlt. Es steht also zu erwarten, daß der Bedarf an Holz im Lande besser befriedigt werden kann, wenn den Verkehrswegen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Immerhin aber ist der Antrag v. Meyer ein sehr beachtenswerther, weil eine Waldabnahme in den letzten Jahrzehnten durchaus nicht in Abrede zu stellen ist. Diese Abnahme ist hauptsächlich eine Folge des vielfachen Ueberganges von Forsten in Privatbesitz, die eine Ausholzung zur Folge hatte, und ferner des Umstandes, daß der Waldbau zu wenig rentabel ist, um ihn von Privaten mit Vorliebe gepflegt zu sehen. Hier muß also von Seiten des Staates Nachhülfe erfolgen, denn dieser allein kann sich der Aufgabe unterziehen, größere Aufforstungen vorzunehmen. Hierzu sind natürlich die alljährlichen etatsmäßigen Mittel nicht hinreichend, denn für die jetzt der Aufforstung benöthigten ca. 600,000 Hektaren würden incl. des Ankaufes jetzt ca. 121¹/₂ Mill. M. erforderlich sein. Mit Rücksicht auf die Finanzlage könnte natürlich die Aufforstung nicht gleich vollständig und allgemein geschehen, aber es könnte vielleicht alljährlich das Doppelte der bisherigen Summe, also ca. 2 Millionen Mark dafür in den Etat gestellt werden, und in besonders günstigen Finanzjahren auch noch etwas Weiteres gethan werden. Auch der Kommunikationsmittel-, Wasserstraßen- und Wegebau könnte mit der Zeit nützlich erhöht werden, und ich glaube, daß der Finanzminister bei diesen Titeln stets gern über das bisher Geforderte hinausgehen wird. Auch mit der Acclimatisation fremder Nutzhölzer, die hier in Ankauf kommen, dürfte ein Versuch zu machen sein, und ebenso wird zu beachten sein, ob nicht gewisse Forststrecken viel vortheilhafter zu Acker und Wiesen umgewandelt werden. (Beifall.)

Abg. v. Minnigerode dankt dem Minister für die günstige Aufnahme des Antrags v. Meyer; Letzterem gebühre Dank, daß er die Frage nie ruhen lasse. Er beantrage bei der Wichtigkeit des Antrages die Verweisung desselben in die Budgetkommission.

Abg. Sombart weist darauf hin, daß der Bundesrath 1873 schon eine Forststatistik und 1878 eine Anbaustatistik beschlossen habe, daß aber die Weiterverfolgung der Sache an dem Reichskanzler gescheitert sei. Er ersuche daher, daß wenigstens für Preußen die Waldstatistik weiter fortgeführt werde, damit der Devastirung entgegengewirkt werden könne.

Abg. Kieschke erkennt an, daß die Abholzung das Land sehr geschädigt habe. Die Statistik, die Sombart erwähnte, habe nicht vollständig aufgestellt werden können, da es der damals eingesetzten Kommission an dem vollständigen Material dazu gefehlt habe. Uebrigens dürfte das Landeskulturinteresse nicht auf Kosten des Finanzinteresses des Landes gefördert werden.

Ueber die Frage des Umfanges der Verminderung der Forsten sprechen noch der Abg. v. Meyer-Arnswalde und Regierungskommissar Forstmeister Haas.

Abg. v. Minnigerode zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Kieschke zurück, während Abg. Sombart den Antrag v. Meyer in die bereits zum Zwecke der Vorberathung des Waldschutzgesetzes um 7 Mitglieder verstärkte Agrarkommission verweisen will.

Letzterem Antrage schließt sich Abg. v. Bennigsen an, der zugleich ein Bild von der durch Korrigenden betriebenen Aufforstung in der Provinz Hannover entwickelt, die Private und Kommunen bereits ins Werk gesetzt hätten. Der Staat könne die große Aufgabe, das in einem Menschenalter aufzuforsten, was in Jahrhunderten abgeholzt worden ist, gar nicht allein vollbringen. Er fordere auf, sich allseitig an Hannover ein Beispiel zu nehmen.

Der Titel wird bewilligt und der Antrag v. Meyer an die um 7 Mitglieder verstärkte Agrarkommission verwiesen.

Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben werden nach kurzer Diskussion ebenfalls genehmigt, womit auch der Etat der Forstverwaltung in zweiter Berathung erledigt ist.

Der Etat der Centralverwaltung der Domänen und Forsten, die Nachweisung des Erlöses aus Ablösungen von Domänen-Gefällen und aus dem Verkauf von Domänen und Forstgrundstücken, sowie die Einnahmen der landwirthschaftlichen Verwaltung werden ohne Debatte genehmigt, worauf ein Vertagungsantrag angenommen wird.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Dritte Berathung der Gesetzentwürfe betreffend die westholsteinische Eisenbahn und betr. die Rentenbanken. Wahl eines Schriftführers an Stelle des Abg. v. Watzdorff und zweite Berathung der Etats der Landwirthschaft, der Gestüte, sowie der Etats für Handel, Gewerbe und für Berg-, Hütten- und Salinenwesen.

Abg. Richter kündigt an, daß er und seine Freunde beabsichtigen, bei Titel 1 der Ausgaben des landwirthschaftlichen Etats (Gehalt des Ministers) die Königliche Verordnung betr. die Errichtung des Volkswirthschaftsraths zur Sprache zu bringen und zu diskutiren.

Schluß 3¹/₂ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. November. Der Bundesrath

nahm am Dienstag den Antrag Preußens wegen Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin und Umgegend in bisherigem Umfange an und wählte den Oberregierungsrath Kienitz im Reichsjustizamt und den sächsischen Justizrath Taube zu Reichsgerichtsräthen.

Ausland.

Moskau, 17. November. Seitens der Studirenden der Universitäten von Moskau und Kasan sind Petitionen an den Unterrichtsminister gerichtet worden. Die billigen Forderungen der Studenten sind fast überall vollkommen gleichlautend, und wir müssen zum Lobe der Studenten hinzufügen, daß dies mit Beobachtung des gesetzlichen Weges, mit vollkommener Mäßigung und ohne Ausnahme mit lobenswerthem Takt geschehen. Die Studenten verlangen darin: das Recht einer Kasse zu gegenseitiger Unterstützung, die Gründung eines gemeinschaftlichen Lesezimmers mit einer Bibliothek und eines besonderen Klubs, das Recht freier Versammlung, das Recht, theatralische Vorstellungen, musikalische Soireen, Konzerte zur Unterstützung armer Studirender zu geben, Schutz gegen polizeiliche Willkür, akademisches Gericht, Unverletzlichkeit der Wohnung von Seiten der Polizei. Rektoren und Direktoren haben die Gesuche entgegengenommen und versprochen, dieselben zu befürworten. Die Beschränkungen, welchen die Studenten unter dem Ministerium Tolstoi unterworfen waren, haben unter denselben den Geist des Widerstandes hervorgerufen; das Mißtrauen, mit welchem die Regierung auf die Studenten sah, haben diese dem Publikum gegenüber in Verruf und überhaupt in eine schiefe Stellung zu der Gesellschaft gebracht. Für den Pöbel war der Student ein Revolutionär, ein Feind Altrußlands. Und eine solche Stimmung im Volk gegen die Studirenden wurde offiziell genährt, begünstigt und bei Gelegenheit ausgebeutet. Allzuviel wird man sich auch jetzt nicht versprechen dürfen. In einem offiziellen Schreiben des Ministers an den Kurator des Lehrbezirks von Charkow wird von gesetzwidrigen Versammlungen und Unordnungen gesprochen; der Minister sagt ausdrücklich, daß er „unter keinen Umständen eine Petition der Studenten entgegennehmen werde", und fordert den Kurator auf, bei vorkommender Wiederholung von Unordnungen die ihm zu Gebote stehenden Gegenmittel zu ergreifen. Der streng gehaltene Ton des Ministerschreibens verräth, daß sich irgend eine dienstfertige Hand gefunden haben muß, welche die Versammlung der Studenten dem Minister der Wahrheit zuwider geschildert hat. Von Unordnungen in Charkow ist hier nichts bekannt.

Provinzielles.

Stettin, 25. November. Durch Erkenntniß vom 1. November d. Js. hat das Reichsgericht, IV. Civilsenat, den Rechtssatz ausgesprochen, daß die im Auslande (wo keine wirkliche Ehescheidung stattfindet) gerichtlich erkannte beständige Trennung von Tisch und Bett in Deutschland seit dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes über das Personenstandsgesetz vom 5. Februar 1875 nicht mehr die rechtliche Wirkung der förmlichen Ehescheidung hat und somit den getrennten Ehegatten die Befugniß zu einer anderweitigen Wiederverheirathung nicht gewährt. Vielmehr habe ein im Auslande derartig separirter Ehegatte, wenn er in Deutschland sich wieder verheirathen wolle, die Auflösung des Ehebundes auf Grund der im Auslande erkannten Trennung von Tisch und Bett im ordentlichen Prozeßverfahren zu beantragen. Verabsäume er dies und vollziehe er dennoch auf Grund der im Auslande erfolgten Trennung von Tisch und Bett vor einem Standesbeamten, der in dem falschen Glauben sich befindet, daß eine derartige Trennung der förmlichen Ehescheidung gleich stehe, eine neue Ehe mit einer anderen Person, so sei diese neue Ehe nichtig. Ebenso sei bereits vor dem Inkrafttreten des Reichs-Personenstandsgesetzes in Preußen die neu vollzogene Ehe eines Ehegatten, zwischem welchem und dessen früherer Frau (resp. Mann) nicht durch Erkenntniß, sondern durch eine von den Ehegatten vor Gericht abgegebene Willenserklärung die beständige Trennung von Tisch und Bett im Auslande herbeigeführt worden sei, nichtig gewesen.

— Dem königlichen Oberamtmann **Bauer** zu Zipke bei Barth ist von Sr. Majestät dem Kaiser und König der Charakter „königlicher Amtsrath" verliehen worden.

— Auf eine durch Vermittelung des Landraths des Pyritzer Kreises eingereichte Petition betreffend das Anhalten der Kourierzüge auf der Eisenbahnstation **Dölitz** hat die königliche Direktion zu Breslau in entgegenkommendster Art geantwortet, wie auch sie den Wunsch habe, dem Antrage stattzugeben, und unverzüglich versuchen werde, die entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Eine definitive Zusage könne sie jetzt aber noch nicht abgeben.

— In Folge eingetretener Heiserkeit des Herrn **Schrauff** konnte die für Mittwoch Abend angekündigte Aufführung des Kreutzer'schen „Nachtlager von Granada" nicht stattfinden. Rothe Zettel an den Anschlagssäulen kündigten dafür eine Wiederholung des unverwüstlichen „Krieg im Frieden" an. Das Haus war zufolge dieser Aenderung erschreckend leer. Dennoch spielten sämmtliche Mitglieder mit größter Liebe und großem Humor, eine Ausnahme allein machte Frl. **Weisse** in der Rolle der Elsa, für die die junge Dame absolut gar nichts besitzt. Das Organ der genannten Darstellerin ist nicht nur wenig klangvoll, es ist sogar unschön.

— Von einer Händlerin, welche auf dem Wochenmarkte einen Platz eingenommen hatte, forderte der Stättegeld-Erheber ein Standgeld von 1 Mark, während die Händlerin sich nur verpflichtet glaubte, 60 Pf. zu entrichten. Diesen Betrag wollte der Stättegeld-Erheber jedoch nicht annehmen. Es wurde in Folge dessen gegen die Händlerin wegen Uebertretung der Markt-Polizei-Verordnung ein polizeiliches Strafmandat erlassen, gegen welches dieselbe Widerspruch erhob. Es stand deshalb in der heutigen Sitzung des Schöffengerichts Termin an und wurde die Händlerin freigesprochen, weil inzwischen durch Civilprozeß entschieden war, daß der Stättegeld-Erheber nur zur Forderung von 60 Pf. Standgeld berechtigt war.

— Der Milchhändler **Bohlmann** aus Groß-Christinenberg hatte gestern Vormittag seinen Milchwagen auf kurze Zeit am Klosterhof unbeaufsichtigt stehen lassen, während er in den Häusern Milch austrug. Diese Gelegenheit benutzte ein Strolch und fuhr eiligst mit dem Wagen davon; er kam jedoch nicht weit damit, denn am Königsthor wurde er von einem Milchmanne, der den Bohlmann'schen Wagen kannte, angehalten und zog es vor, eiligst davonzulaufen.

— Als der Arbeiter Wilhelm Maske aus Grabow gestern Abend auf dem Müller'schen Neubau, Auguststraße 10, mit dem Ausheben einer Grube beschäftigt war, wurde er von dem Arbeiter Richard **Kroll**, der sich in stark angetrunkenem Zustande befand, mittelst zweier Mauersteine muthwilligerweise derart auf den Kopf und den Rücken geworfen, daß er starke Verletzungen davontrug und seine Arbeit einstellen mußte. Kroll wurde verhaftet.

— Vorgestern Abend wurden einem Knechte aus Leppin bei Barnimslow auf dem Wege von der Linden- nach der Barnimstraße von seinem Wagen ein Paar Stiefel und 15 leinene Säcke, gezeichnet C. Dieckmann, Dominium Leppin, gestohlen.

— Auf dem gestrigen Gänsemarkte wurde wiederum einer Dame ein Portemonnaie mit circa 15 Mark Inhalt aus der Manteltasche gestohlen.

— Einer Anzahl Berliner Familien wurde in diesen Tagen die angenehme Ueberraschung zu Theil, daß der Gerichtsvollzieher bei ihnen erschien und eine Kurtaxen-Rechnung aus Heringsdorf präsentirte, weil die Betreffenden noch eine kurze Zeit in die zweite Saison hinein ihren Sommer-Aufenhalt verlängert hatten. Selbst der Nachweis, daß sie die erste Saison nicht voll ausgenutzt hatten, half ihnen nichts. Die Heringsdorfer Kur-Verwaltung steht auf ihren Schein, und sie fordert die volle Taxe, auch wenn man nur einige Tage über die erste Saison hinaus in ihrem Machtbereiche geweilt hat. Dem Buchstaben nach hat sie das Recht auf ihrer Seite, ob sie klug daran gethan hat, steht auf einem anderen Blatte.

— Ein sehr hübscher Witz kursirt gegenwärtig in Börsenkreisen, der wohl werth ist, weiter getragen zu werden. Man findet es dort nämlich sehr natürlich, daß die Londoner „Times" sich zur Vertheidigerin der Juden aufwirft, da sie sich, wenn man ihren Namen hebräisch, d. h. von rechts nach links liest, selbst als „Semit" entpuppt.

— (**Stadt-Theater**) Das Konzert der Pianistin Frl. **Dory Petersen** findet bereits am kommenden Sonnabend, den 27. November, statt, wovon unsere Leser zu benachrichtigen wir nicht unterlassen wollen. Fräul. Petersen ist eine durchaus bescheidene, liebenswürdige und anmuthige junge Dame, die, wie wir dies aus eigener Erfahrung bestätigen können, in ihrem Spiel einen männlich vollen Anschlag und eine ausdauernde Kraft besitzt, wodurch sie, unterstützt durch eine über dem Niveau gewöhnlicher Talentchen stehende Fertigkeit, besonders für den Vortrag der Kompositionen ihres berühmten Lehrers, Franz **Liszt**, qualifizirt ist. Dadurch soll indeß durchaus nicht angedeutet sein, daß ihr Chopin etwa ferner stehe, im Gegentheil, sie zieht auch dieses Meisters Werke mit Vorliebe in ihr Programm. Wir können den Besuch ihres Konzertes warm empfehlen, bedauern aber, daß dem Publikum als Beigabe die 21. Wiederholung von Moser-Schönthan's „**Krieg im Frieden**" geboten werden soll. Ist es an sich schon gerathen, bei einem Konzert im Theater, sofern dies die Hauptsache sein soll, einige kleine Einakter und kein größeres Lustspiel zu geben, das durch die großen Pausen unendlich zerhackt wird, so dürfte eine Repertoiränderung für Sonnabend allein aus dem Grunde wünschenswerth sein, weil sich unser gewöhnliches Theater-Publikum nicht aus dem Theil der Besucher rekrutirt, dem bis zur 21. Aufführung von „Krieg im Frieden" das Lustspiel noch nicht bekannt geworden ist, sondern vornehmlich, wenn nicht allein, aus dem Theil der Besucher, der bereits das Stück ein oder mehrere Male kennen gelernt hat. — Es dürfte daher in diesem Falle „Krieg im Frieden" eher abstoßend denn anziehend wirken und würden wir die Künstlerin recht sehr bedauern, wenn sie vielleicht aus diesem Grunde vor einem leeren Hause konzertiren müßte.

— Die Direktion des **Victoria-Theaters** ist stets bemüht, das Repertoir dieser Bühne durch Vielseitigkeit und Abwechselung interessant zu machen, am Sonntag wurden Schillers Räuber vor ausverkauftem Hause mit durchschlagendem Erfolg zur Darstellung gebracht und morgen, Freitag, kommt bereits wieder eine Novität, das plattdeutsche Lebensbild „Unkel Bräsig", mit Herrn **Krüger** in der Titelrolle, zur Aufführung. Der Anfang der Vorstellungen ist jetzt auf 8 Uhr festgesetzt und ist dadurch auch denen, welche durch geschäftliche Arbeiten bis 7 Uhr in Anspruch genommen sind, Gelegenheit geboten, schon bei Beginn der Vorstellung anwesend zu sein.

† **Arnswalde**, 23. November. In unerhörter Weise treiben die Diebe in unserer Stadt und Umgegend ihr Unwesen, ohne daß bisher eine Spur hat ermittelt werden können. Dem Lohgerbermeister Reich, der auf seinem Gehöfte einen äußerst wachsamen und bissigen Hund hat, haben dieselben vor einigen Tagen einen Besuch abgestattet und hierbei 6 Kalb- und 3 rindlederne Felle entwendet. In voriger Nacht ist in den Scheunen der Ackerbürger Utecht und Birkholz eingebrochen und aus denselben Erbsen und Hafer gestohlen; dem Ackerbürger Harder sind aus seinem Garten Kartoffeln entwendet, nachdem ein Einbruch in den Schafstall vereitelt worden; dem Chausseegeld-Erheber Taxbacher ist ein Bienenkorb mit Inhalt gestohlen, in Johannenberg und Kelmersruh sind die Kartoffelmieten erbrochen und daraus verschiedene Quantitäten Kartoffeln entwendet worden. In Schlagenthin haben sich sogar die Diebe erdreistet, die aus den dort geöffneten Gruben entwendeten Kartoffeln auf einen Wagen zu laden und damit zu verschwinden. — Am 20. d. Mts., Abends, sind dem Gutsbesitzer Krummheuer zu Carlsau drei lebende Hammel aus dem Schafstalle entwendet — nachdem ihm bereits vorher 3 Stück gestohlen — und etwa 150 bis 200 Schritte auf dem Felde abgeschlachtet worden. Der Verdacht des letzteren Diebstahls ist auf einen hier wohnhaften Arbeiter, der früher in Carlsau als Knecht gedient hat, gefallen, und werden die eingeleiteten Recherchen wohl das Weitere ergeben.

Vermischtes.

Berlin. Ein hübsches Geschichtchen von zwei Billets zu der letzten Patti-Vorstellung, das den Vorzug hat, buchstäblich wahr zu sein: Zu einem hiesigen Kaufmann trat an der Börse am Tage des vorletzten Auftretens der Patti ein alter Bekannter heran und fragte ihn, ob er ihm seine beiden Abonnementsplätze zur Patti-Vorstellung überlassen wollte. „Um keinen Preis", antwortete der Gefragte. „Auch nicht, wenn ich hundert Mark biete?" lautete die weitere Frage. „Das wäre zu überlegen", war die Antwort; „ich unterstütze eine arme Wittwe, eine alte leidende Frau, die soll die hundert Mark haben." Bei der letzten Patti-Vorstellung näherte sich auf der Kornbörse demselben Kaufmann ein Anderer, gleichfalls mit der Bitte um die Abonnementsplätze zur Patti-Vorstellung. Er bot sofort ein Geschäft an, wobei dem Besitzer der Billets abermals ein Gewinn von hundert Mark zufiel. Lachend erklärte sich der Kaufmann bereit und theilte gleichzeitig mit, daß auch diese hundert Mark der armen Wittwe zukommen sollten. — Im Kreise froher Zecher erzählte der Kaufmann, wie er mit Billets zu den Patti-Vorstellungen für einen wohlthätigen Zweck zweihundert Mark erzielt habe. Da erhob sich ein Anwesender als Warner und meinte, Derartiges dürfe man nicht laut erzählen, denn wenn es zur Kenntniß des General-Intendanten käme, daß mit Abonnements-Billets Geschäfte gemacht würden, so möchte der Intendant das Abonnement sofort kassiren. Darüber entstand ein Streit, ob dies wohl unter den obwaltenden Verhältnissen geschehen würde, und der Warner proponirte eine Wette von hundert Thalern für seine Behauptung. Der Kaufmann erklärte sich bereit, persönlich in einem Schreiben dem General-Intendanten den ganzen Fall vorzutragen und die Entscheidung dann mitzutheilen. Umgehend erhielt er ein freundliches Antwortschreiben des Herrn von Hülsen, welches mit den Worten begann: „Sie haben die Wette gewonnen" und das dem Wunsch des Intendanten Ausdruck gab, daß recht oft so hohe Preise für Theater-Billets gezahlt werden möchten, wenn der Ertrag immer zu so wohlthätigen Zwecken verwendet würde.

— Zum hundertjährigen Geburtstag Conradin Kreutzer's veröffentlicht die „Posener Zeitung" interessante Reminiszenzen an Conradin Kreutzer und Ferdinand Raimund. Wir entnehmen der novellistischen Plauderei die folgenden Stellen:

Ganz Wien sprach von dem Erfolge einer neuen Oper, betitelt „Das Nachtlager von Granada", welche für das K. K. priv. Theater in der Josefstadt geschrieben und daselbst unter Leitung des Komponisten Kreutzer, der als Kapellmeister beim genannten Theater angestellt war, aufgeführt wurde. Der früher nicht sehr beachtete Kapellmeister ward plötzlich der Mann des Tages und Ferdinand Raimund setzte es sich in den Kopf, daß Conradin Kreutzer ihm die Musik zu seinem neuen dramatischen Märchen, welches er gerade unter der Feder hatte, schreiben müsse. Raimund besuchte Kreutzer zu diesem Zweck sehr oft und erzählte ihm dabei gelegentlich seinen Lebenslauf — er war diesem Freunde gegenüber sehr mittheilsam.

„Wie ich Kompositeur wurde, mein lieber Raimund? Gerade so, wie Sie Dichter", erzählte Kreutzer. „Der Zufall brachte den inneren Quell ans Licht. Als Knabe schon in der Thalmühle meines Vaters zu Meßkirch in Baden, wo ich am 22. November 1780 geboren wurde, fiel meine Musikliebe Allen auf. Der Organist Johann Baptist Rieger gab mir den ersten Unterricht, dann brachte man mich nach der Abtei Zweifalten, wo der Kontrapunktist Priester Ernst Weinrauch mein Kompositionslehrer wurde. Von dort ward ich in das Kloster Schleußenried, später nach Wien verschlagen. Gerade hier in der Kaiserstadt erblickte meine erste Komposition das Licht der Welt. Durch Albrechtsberger kam ich oft in das Haus der barmherzigen Brüder, wo an stillen Abenden damals viel Musik getrieben wurde. Dort war ich Zeuge einer unheimlichen Szene. Man beherbergte im Kloster einen jungen Mann aus vornehmer Familie, dessen Trübsinn für unheilbar erklärt wurde. Unseren musikalischen Abenden wohnte er bei und brach zuweilen in Thränen aus. Plötzlich sprang er auf und rief: „Das ist des Brudergeistes leises Wehen. O, es giebt ein Wiedersehen!" Diese Worte kamen mir nicht aus dem Sinn. Später schlug ich einmal zufällig Matthisson's Gedichte auf, um darin zu blättern; es fiel mir das Gedicht „Geisternähe" auf. Merkwürdig, da standen fast dieselben Worte: „Des Brudergeistes leises Wehen". Ich konnte nicht ruhen, setzte mich ans Klavier und in jener Nacht entstand mein erstes Lied: „Geisternähe". Zwei Tage später, als wir wieder bei den barmherzigen Brüdern unseren musikalischen Abend hatten und jener junge Mann unserem Spiel zuhörte, begann ich plötzlich meine Komposition selbst zu singen. Die Wirkung dieses Liedes war auf den Irren unbeschreiblich. Er horchte, starrte mich an, als sehe er einen Geist, und ein Thränenstrom brach aus seinen Augen. Eine lange Krankheit folgte diesem Abend. Wie mir Albrechtsberger erzählte, wurde später dieses Lied oft gesungen, wenn nichts den Kranken beruhigen konnte und er seine „bösen Stunden" hatte. Es schien zu seinem Herzen zu sprechen: Die Hoffnung, das Vorgefühl des Wiedersehens in diesem Liede beruhigten ihn. Seitdem begann ich, vielfach aufgemuntert durch meine Freunde, zu komponiren. Viele meiner Kompositionen, darunter meine Oper „Conradin von Schwaben", welche die Wiener Censurbehörde aufzuführen verbot, entstanden früher, als sie der Oeffentlichkeit übergeben wurden."

Literarisches.

Frances Burnett, Louisiana. Uebersetzung. Berlin, Kogge und Fritze. Die Verfasserin führt uns in eine Hütte des amerikanischen Volkes ein und zeigt, wie hier fern von der Kultur und Literatur eine geistige Blume in ihrer vollen Anmuth und Schönheit sich entfaltet. Eine Zartheit der Empfindung, ein Duft edler Weiblichkeit weht uns an und fesselt unwiderstehlich an die Lektüre des Buches. Wir können das Buch warm empfehlen. [274]

Werners Nilbilder. Artistische Anstalt von Seitz in Wandsbeck. Wieder liegt uns ein Heft der Werner'schen Nilbilder vor, welches uns in trefflichen Aquarellen das Straßenleben in Kairo, das Nilufer bei Beni Sueff, das Grabmal des Schech Ababde und das Nilufer bei Achmim zur Anschauung bringt. Das vorliegende Heft zeigt uns die großen Fortschritte der Technik auf diesem Gebiete. Nur in Folge des automatisch wirkenden Pantographen ist die noch nicht dagewesene Billigkeit eines literarischen Kunstwerkes allerersten Ranges ermöglicht worden und kann nun ein Werk, dessen hoher Preis bisher einer allgemeinen Verbreitung hindernd entgegen stand, von weniger Bemittelten angeschafft werden. Es wäre sehr zu wünschen, daß Verleger von Prachtwerken mit kostbaren farbigen Illustrationen sich gleicherweise zur Edirung populärer Ausgaben entschließen möchten, damit fernerhin den Hausbibliotheken auch die distinguirtesten Werke als souveräner Schmuck einverleibt werden könnten, wobei sich Publikum und Verleger gut stehen würden. [276]

Telegraphische Depeschen.

Paris, 24 November. (Berl. Tgbl.) Zwischen Gambetta und dem Premierminister Ferry soll sich gestern Abend eine Szene von unerhörter Heftigkeit zugetragen haben, deren Folgen, wenn die betreffenden Angaben auf Wahrheit beruhen, voraussichtlich nicht lange auf sich warten lassen dürften.

Präsident Grevy empfing heute früh General Cissey, dem nach kurzer Zeit Kriegsminister Farre folgte. Mit Beiden blieb Grevy über eine Stunde in Konferenz.

Paris, 24 November. Ein Telegramm der „Agence Havas" aus Ragusa meldet: Derwisch Pascha ist in Dulcigno eingerückt; derselbe hatte einen Kampf mit den Albanesen, wobei beide Theile beträchtliche Verluste erlitten.

Livorno, 24. November. Der Dampfer „Ortigia" hatte einen Zusammenstoß mit dem französischen Dampfer „Joseph". Letzterer wurde in den Grund gebohrt. An Bord desselben befanden sich gegen 300 Personen, von denen 50 gerettet wurden. Der Dampfer „Ortigia" ist stark beschädigt hier eingelaufen.

London, 24. November. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Konstantinopel vom heutigen Tage gemeldet: Der Einmarsch Derwisch Pascha's in Dulcigno erfolgte nach einem leichten Zusammenstoß mit den Albanesen. Die Montenegriner werden die Konvention unterzeichnen und Dulcigno nach dem Abmarsche Derwisch Pascha's ohne den Schutz der internationalen Flotte besetzen.

London, 24. November. Der deutsche Botschafter Graf Münster hatte heute eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville.

Der Privat-Sekretär Parnell's und Mitglied der Landliga, Haly, ist ohne Opposition zum Mitgliede des Parlaments für Wexford erwählt worden.

Petersburg, 24. November. Der neue bairische Gesandte am hiesigen Hofe, der frühere bairische Bundesbevollmächtigte in Berlin, Herr v. Ruthardt, ist heute Nachmittag plötzlich vom Schlage getroffen. Er hat die Stimme verloren. Sein Zustand ist bedenklich. Herr v Ruthardt begleitete heute Mittag noch seinen Vorgänger zur Bahn. Von dort ins Hotel zurückgekehrt, fühlte er sich plötzlich unwohl und die Katastrophe trat ein. Der traurige Fall erregte allgemeinste Theilnahme.

Washington, 24. November. Das Zirkular des Staatsdepartements betreffend die als Bürger der Vereinigten Staaten naturalisirten Deutschen hat hier zu Mißverständnissen geführt und ist in Folge dessen zurückgezogen worden.